



HALLE ★ *Die Stadt*

## Anfrage

TOP:  
Vorlagen-Nummer: **IV/2007/06286**  
Datum: 07.02.2007  
Bezug-Nummer.  
Kostenstelle/Unterabschnitt:  
Verfasser: Dr. Meerheim, Bodo

Beratungsfolge	Termin	Status
Stadtrat	28.02.2007	öffentlich Kenntnisnahme

**Betreff: Anfrage der Fraktion Die Linkspartei. PDS im Stadtrat Halle (Saale) zur Einführung des Modells "Bürgerarbeit"**

### **Beschlussvorschlag:**

Die Landesregierung von Sachsen-Anhalt hat das Modellprojekt „Bürgerarbeit“ ins Leben gerufen. Auch von anderen Kommunen wird das Modellprojekt aufgenommen und mit den entsprechenden konkreten Bedingungen modifiziert.

Wir fragen die Stadtverwaltung:

1. Gibt es seitens der Stadtverwaltung bzw. innerhalb der Gesellschafterversammlung der ARGE Überlegungen, ähnliche Modelle in der Stadt Halle (Saale) zu entwickeln?
2. Wenn ja, welche Leistungen sollen im Mittelpunkt des Projektes stehen und wie soll die Finanzierung des Projektes aussehen?

gez. Dr. Bodo Meerheim  
Vorsitzender der Fraktion

**Anfrage der Fraktion Die Linkspartei.PDS im Stadtrat Halle (Saale) zur Einführung des Modells „Bürgerarbeit“**

**Antwort der Verwaltung:**

Zu 1.

Die Stadtverwaltung, die Gesellschafter und die Geschäftsführung der ARGE verfolgen aufmerksam die öffentliche Diskussion zur Bürgerarbeit. Für das Land Sachsen-Anhalt sind derzeit durch die Landesregierung und die Regionaldirektion SAT der BA einzelne Regionen für Modellvorhaben ausgewählt, in denen diese erprobt werden.

Die Stadt Halle ist derzeit nicht für ein solches Modell vorgesehen. Seitens der Stadtverwaltung, der Gesellschafter und der Geschäftsführung der ARGE besteht großes Interesse bei künftiger Modellerweiterung mit berücksichtigt zu werden.

Ein diesbezüglicher Antrag wird von der ARGE SGB II Halle GmbH beim Wirtschaftsministerium Sachsen-Anhalt kurzfristig eingereicht.

Ergänzend zur Thematik Bürgerarbeit kann dazu informiert werden, dass im Dezember 2006 eine Gesprächsrunde mit Bundesminister Tiefensee zu Projektideen im Rahmen des 3. Arbeitsmarktes stattfand. Hier hat die ARGE SGB II Halle GmbH ein Modellprojekt eingereicht. Bei vorliegendem Ergebnis wird der Stadtrat unaufgefordert informiert.

Zu 2.

Voraussetzung für die Umsetzung eines Modells im größeren Maßstab ist ein Zuschlag als Modellregion oder eine gesetzliche Regelung im SGB II zur Ermöglichung einer gegenseitigen Deckungsfähigkeit der passiven Leistungen (Grundsicherung als Bundesleistung, Kosten der Unterkunft als kommunale Leistung) und der aktiven Arbeitsmarktleistungen, da nur in dieser Kombination eine Finanzierung von sozialversicherungspflichtiger Tätigkeit ermöglicht werden kann. Die derzeitigen Modelle in einzelnen Gebietskörperschaften sind Pilotprojekte mit Modellcharakter.

Inhaltlich sind Einsatzbereiche wie „Sauberer Schulweg“, „Friedhofskümmerer“ oder „Schülerpaten“ denkbar. Konkrete Projektideen sind hierbei noch nicht ausformuliert.

Szabados  
Bürgermeisterin